

Zelenskyy verhängt Sanktionen gegen Georgiens Regierung: Pro-EU-Proteste eskalieren!

Ukrainische Sanktionen gegen Georgiens Führung wegen der Gewalt gegen pro-EU-Proteste. Zelenskyy fordert Unterstützung für Georgien.



Tbilisi, Georgien - Ukrainischer Präsident Volodymyr Zelenskyy hat mit einem Paukenschlag die höchsten georgischen Regierungsvertreter ins Visier genommen! In einem entschlossenen Schritt, um den Einfluss Russlands in Georgien zu stoppen, wurden Sanktionen gegen den Ministerpräsidenten Irakli Kobakhidze und den milliardenschweren Gründer der Regierungspartei Georgian Dream, Bidzina Ivanishvili, verhängt. Diese Maßnahmen folgen auf eine Woche voller Proteste, die durch Kobakhidzes Entscheidung ausgelöst wurden, die Gespräche über einen EU-Beitritt bis 2028 zu verschieben. Die Wut der Bürger in Tiflis ist greifbar, da sie sich gegen die

vermeintliche Unterwerfung unter den Kreml wehren!

Die Sanktionen, die Zelenskyy am Donnerstag ankündigte, richten sich gegen 19 Regierungsmitglieder, darunter auch den Chef des georgischen Geheimdienstes und den Innenminister. In einem leidenschaftlichen Video auf Telegram erklärte er, diese Maßnahmen seien gegen die Regierungsteile gerichtet, die Georgien an den russischen Präsidenten Wladimir Putin ausliefern. Die Ukraine, die seit der Invasion durch Russland im Jahr 2022 unter Druck steht, wird 10-jährige Einschränkungen für finanzielle Operationen und Eigentumsrechte in der Ukraine verhängen.

Proteste und internationale Reaktionen

Die Situation in Georgien eskaliert! Seit dem umstrittenen Wahlsieg der Georgian Dream-Partei am 26. Oktober, der von vielen als von Russland beeinflusst angesehen wird, haben sich die Proteste verstärkt. Die Bürger sind wütend über die russischen Gesetze, die die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien angreifen. In den letzten Tagen wurden etwa 300 Demonstranten, darunter auch Oppositionsführer, festgenommen, während sie sich gegen die brutale Polizeigewalt wehrten.

Die internationale Gemeinschaft reagiert ebenfalls scharf! US-Außenminister Antony Blinken verurteilte die „brutale und ungerechtfertigte Gewalt“ der georgischen Regierung und warnte vor möglichen Sanktionen gegen diejenigen, die die demokratischen Prozesse untergraben. Auch die Niederlande fordern eine Untersuchung der georgischen Regierung und die Aussetzung der visafreien Regelungen mit der EU. Währenddessen versucht Georgiens Präsidentin Salome Zurbichvili, die Wahlergebnisse anzufechten und ruft zur Unterstützung der pro-EU-Bewegung auf. Die geopolitischen Spannungen in der Region steigen, und die Welt schaut gebannt zu!

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Tbilisi, Georgien
Festnahmen	300

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at